



**Julia Klöckner, MdL**  
Vorsitzende der CDU-Fraktion  
im Landtag Rheinland-Pfalz

Herrn  
Peter Odendahl

**per E-Mail:** [Odendahl@arecon.com](mailto:Odendahl@arecon.com)

Mainz, 9. Oktober 2015  
ID 30-09 gei/ku

Sehr geehrter, lieber Herr Odendahl,

herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme. Ich habe hunderte von Briefen und Mails zu diesem Thema erhalten. Das Thema bewegt die Menschen in unserem Land, weil ihnen wichtig ist, dass unsere Grundfesten eines offenen, aufgeklärten Landes nicht ins Wanken geraten. Es geht um Spielregeln, die hier herrschen; es geht um die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft. Deshalb danke ich Ihnen für Ihre Mail. Es ist wichtig, dass wir Politiker Einschätzungen aus der Mitte der Bevölkerung erhalten. Ihr Schreiben habe ich gelesen; sehen Sie es mir aber bitte nach, dass ich aufgrund der so zahlreichen Zuschriften nicht individuell antworten kann.

In diesem Jahr werden rund eine Million Menschen zu uns nach Deutschland kommen. Viele von ihnen für mehrere Jahre oder sogar dauerhaft. Sie kommen aus den unterschiedlichsten Regionen der Welt und sind oftmals in anderen Kulturen zu Hause.

Wir bieten verfolgten Menschen, die fliehen müssen, weil Leib und Leben bedroht sind, Hilfe. Diejenigen, die aber keinen Anspruch auf Asyl haben, müssen unser Land wieder zügig verlassen. Das Bundeskabinett hat – auf Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Thomas de Maizière – jetzt ein Gesetzespaket verabschiedet, das eine massive Verschärfung des Asylrechts vorsieht – Sach- statt Bargeldleistungen, Ausweitung der sicheren Herkunftsländer, schnellere Abschiebung bei Nichtflüchtlingen nach dem Asylgesetz. Das alles hätte früher laufen können, wenn Rot-Grün nicht im Bundesrat blockiert hätte, da ihnen das alles bisher zu streng war. Wir Christdemokraten halten es aber für richtig, denn Deutschland, seine Ehrenamtlichen, die Gesellschaft haben auch Belastungsgrenzen.

Für diejenigen Menschen, die ein Bleiberecht haben, muss immer klar sein, dass unsere Bedingungen, Regeln und Werte hier gelten – und nicht die Scharia oder ein patriarchalisches System. Wer durch die Tür in das Haus Deutschland geht, muss wissen, dass es hier tragende Wände gibt, die wir nicht verrücken oder einreißen werden – ganz gleich, woher jemand kommt und was er oder sie vorher gewohnt war. Das Grundgesetz, das die Meinungs- und Religionsfreiheit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau gewährleistet, ist dafür das Fundament. Darauf darf es keinen Rabatt geben.

Deshalb habe ich ein Integrationspflichtgesetz mit Integrationsvereinbarungen und ein Vollverschleierungsverbot vorgeschlagen. SPD und Grüne lehnen das ab; das halte ich für unverantwortlich. Denn die Eingliederung kann nicht nur Rechte, sondern muss auch Pflichten beinhalten. Wer dauerhaft hier bleibt, der muss unsere Sprache lernen, unsere Werte teilen und sich durch Arbeit und Engagement beteiligen. Nur so kann unser offenes Land für die Zukunft stark bleiben.

Herzliche Grüße,

Ihre

Julia Klöckner, MdL

Vorsitzende der CDU-Fraktion  
im Landtag Rheinland-Pfalz

P.S.: Anbei finden Sie meine Plenarrede zu diesem Thema unter [http://www.cdu-fraktion-rlp.de/positionen/positionen-a-z/detailansicht/?no\\_cache=1&eID=tx\\_rtgfiles\\_download&tx\\_rtgfiles\\_pi1%5Buid%5D=2894](http://www.cdu-fraktion-rlp.de/positionen/positionen-a-z/detailansicht/?no_cache=1&eID=tx_rtgfiles_download&tx_rtgfiles_pi1%5Buid%5D=2894)